

BESCHLUSS

**des 70. Ord. Bundesparteitags der FDP, Berlin, 26. bis 28. April 2019
(vorbehaltlich der Überprüfung des Wortprotokolls)**

Den Antisemitismus entschlossen bekämpfen!

Wir Freie Demokraten stehen für Religionsfreiheit, Toleranz und eine vielfältige Republik in einem offenen Europa ein. Auf unserem Kontinent soll kein Mensch Grund zur Angst haben müssen, für die eigene Mitgliedschaft in einer Religionsgemeinschaft Hass und Gewalt zu erfahren. Die Liberalität unseres Landes ist eine gemeinsame Leistung der Bürgerinnen und Bürger und des Rechtsstaats und seiner Vertreter. Weil sie stets gefährdet und nie ganz gewonnen ist, sind wir Freie Demokraten wachsam – nicht nur gegen Hass, Gewalt und Rassenwahn, sondern auch gegen Geschichtsrevisionismus und gegen Vorurteile, die den Boden dafür bereiten. Es erfüllt uns Freie Demokraten mit Sorge, dass jüngsten Berichten und Studien zufolge immer mehr jüdische Bürgerinnen und Bürger in Deutschland und Europa Grund haben, sich bedroht zu fühlen; dass jeder zweite Jude in unserem Land Anlass sieht, bestimmte Gegenden zu meiden; und dass das Tragen einer Kippa in Großstädten nicht mehr einfach selbstverständlich ist. Es ist nicht hinnehmbar, dass „Jude“ auf Schulhöfen als Schimpfwort gilt; dass Antisemitismus in sozialen Netzwerken aufblüht; dass der Antisemitismus in Parlamentsparteien nachsichtig behandelt oder entschuldigt wird, und dass der AfD-Fraktionsvorsitzende Gauland die NS-Zeit samt Shoah zum „Vogelschiss der deutschen Geschichte“ zu relativieren sucht; dass Juden tötlich angegriffen werden; dass jüdische Friedhöfe geschändet werden; oder dass pauschaler Hass auf Israel als berechtigte Kritik normalisiert werden soll. Wir Freie Demokraten sind der Überzeugung, dass der Kampf gegen Antisemitismus eine gesamtgesellschaftliche, aber im Alltag konkrete Aufgabe ist. Zu ihrer Basis gehört eine saubere Erfassung unterschiedlicher Formen und Verbreitungsgrade des Antisemitismus. Wichtig sind für uns die stete Aufklärung und Wissensvermittlung über zwei Jahrtausende jüdischen Lebens in Europa und Deutschland einerseits und die Traditionen und Konsequenzen des Antisemitismus andererseits. Dazu müssen nicht nur Schulen und Universitäten, sondern auch Vertreter von Parteien, Kirchen und Islamverbänden ihren Beitrag leisten.

Konkret fordern wir Freie Demokraten:

1. Meldestellen für antisemitische Vorfälle müssen weiter ausgebaut werden. Die Dunkelziffer antisemitischer Vorfälle ist beträchtlich, da viele nicht gemeldet oder nicht deutlich erfasst werden. Da der Antisemitismus in Deutschland unterschiedliche Quellen hat, gilt es, Milieus und Tätergruppen klar zu identifizieren. Denn nur dann können Maßnahmen der Prävention und Aufklärung gezielt eingesetzt werden. Die Bundesregierung und die Landesregierungen sind aufgefordert, sich einen umfassenden Überblick über die Problematik in unserem Land zu verschaffen, um dieser Entwicklung

Einhalt zu gebieten. Die offiziellen Kriterien bei der Erfassung antisemitischer Übergriffe müssen dringend überprüft werden, um Tätergruppen besser zu erfassen. Mehr und verlässlichere Daten für dieses Deliktsfeld sind notwendig. Um die Antisemitismusforschung und anschließende Aufklärung voranzutreiben, ist es wichtig, auch Vorfälle ohne strafrechtliche Relevanz dokumentieren und untersuchen zu können.

Wir Freie Demokraten fordern, dass Meldestellen eingerichtet werden, die die Vorfälle dokumentieren und darüber hinaus auch die betroffenen Personen in ihren Gemeinden beraten und unterstützen. Ein Vorbild existiert seit 2005 mit der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) in Berlin, einer zivilgesellschaftlichen Monitoring-Einrichtung. 2018 wurde der Bundesverband RIAS unter der Schirmherrschaft des Antisemitismusbeauftragten Dr. Felix Klein gegründet. Wir sind der Überzeugung, dass diese Bemühungen unterstützt und weiterausgebaut werden müssen. Aus diesen Erhebungen und auch grundsätzlich muss noch mehr als bisher eine tatkräftige Sicherheitspartnerschaft mit den jüdischen Verbänden bis hinunter zu den einzelnen Gemeinden erwachsen. Es gibt dazu best-practice-Beispiele, die bundesweit ausgerollt werden sollten. Es kann nicht sein, dass zum Beispiel die Fußball-Bundesliga auf kostenfreie Polizeiarbeit vertrauen kann, während die jüdischen Gemeinden in einem föderalen Flickenteppich teils auf den Staat vertrauen dürfen, teils unter hohem Einsatz personeller und finanzieller Mittel in Sicherheitsfragen zu erheblichen Teilen auf sich selbst gestellt sind.

2. Geschichtsforschung und -bildung bedürfen der Modernisierung und Förderung. Das jüngste Bundesprogramm „Jugend erinnert“ organisiert jährlich Fahrten zu Gedenkstätten für mehrere hundert Schulen. Das reicht nicht aus. Zu einer Zeit, in der die letzten Zeitzeugen sterben, muss die Forschung und Wissensvermittlung über die Shoah neue Wege gehen, um die Erinnerung an Leid und Tod, aber auch ermutigende Beispiele der Menschlichkeit wach zu halten. Einer aktuellen Studie der TU Berlin zur Folge bedarf eine erfolgreiche schulische Intervention gegen Antisemitismus einer Mischung aus Aufklärung, Prävention, Intervention und Repression. Zwar gibt es immer mehr Schulprojekte und -materialien, die diesen Anforderungen entsprechen. Sie werden aber nach wie vor nicht ausreichend von Lehrerinnen und Lehrern genutzt, in deren Eigeninitiative dies liegt. Es ist also notwendig, Schulen auf die Möglichkeiten aufmerksam zu machen, damit erfolgreiche Modellprojekte auch in der Breite effektiv umgesetzt werden können. Dass Bildung gegen Antisemitismus in unterschiedlichen Bundesländern unterschiedlich gut gelingt, muss eine kritische und vergleichende Revision der Lehrpläne zur Folge haben.

3. Medien- und Methodenkompetenzen müssen von klein auf vermittelt werden. In den sozialen Medien finden Fake News besonders schnelle Verbreitung. Auch Emotionen werden besonders leicht geschürt. Das erleichtert die Verbreitung von Stereotypen und Vorurteilen. Es ist notwendig, dass Jugendliche schon sehr früh mit Emotionalisierung, Fake News und Formen digitaler Gewalt umzugehen lernen, um der folgenreichen Verbreitung von Falschinformationen vorzubeugen. Ziel solcher Bildung ist das kritische Urteils- und Interventionsvermögen.

4. Antisemitismus und Diskriminierung sollen nicht nur im Lehramtsstudium, sondern auch in der Beamtenausbildung ein intensiv behandeltes Thema sein. Viele Lehrerinnen und Lehrer sind nie dafür ausgebildet worden, Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit effektiv entgegen zu treten. Initiativen wie die Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus, die mehrere Berliner Schulen da-

bei unterstützt, Antisemitismus zu erkennen, individuell zu bekämpfen und anschließend Präventionsmaßnahmen einzuführen, sind noch die Ausnahme. Auch hier kann die professionelle, nicht nur ehrenamtliche Partnerschaft mit den jüdischen Bildungs- und Selbstverwaltungsinstitutionen gesucht werden. Aber nicht nur die Lehramtsausbildung, sondern alle Institutionen des weltanschaulich neutralen Staates bedürfen einer verstärkten Ausbildung im präventiven Umgang mit Vorurteilen, Feindslichkeit, Diskriminierung und Hass.

5. Der Schutz und die Förderung des jüdischen Lebens in Deutschland bleibt unsere Aufgabe. Noch zu oft beschränkt sich die Wahrnehmung jüdischen Lebens auf Gedenktage oder Friedhöfe. Aber jüdische Gemeinden und ihr vielfältiges religiöses und kulturelles Leben sind in vielen Städten Deutschlands wieder selbstverständlicher Teil unserer Gesellschaft geworden. Juden in Deutschland tragen in vielfältiger Weise zum aktiven gesellschaftlichen Leben bei. Das in den letzten Jahrzehnten seit der Wiedervereinigung wieder aufblühende gesellschaftliche jüdische Leben in Deutschland bleibt nach der Shoah alles andere als selbstverständlich. Es, wo leider notwendig, zu schützen und vielfältig zu fördern bleibt unsere historische Verantwortung, dankbare Pflicht und bürgerschaftliche wie staatliche Aufgabe. Wir begrüßen, dass das Bundesinnenministerium mit Dr. Felix Klein nicht nur einen Antisemitismus-Beauftragten, sondern auch einen Beauftragten für jüdisches Leben in Deutschland einberufen hat und wollen, dass weitere Bundesländer diesem Beispiel folgen. Die Antisemitismusbeauftragten sind an prominenter Stelle in den jeweiligen Regierungen zu verankern und so arbeitsfähig auszustatten, dass sie auch in der Fläche wirksam werden können. Denn die Begegnung in den Gemeinden vor Ort stärkt die Arbeit der Antisemitismusbeauftragten genauso, wie Gemeinden dadurch das Interesse, die Solidarität und das professionelle Engagement der Politik erfahren können.

6. Das deutsch-israelische Jugendwerk muss entschlossen auf- und ausgebaut werden. An Schulen sollte nicht nur die Vergangenheit, sondern auch die Gegenwart jüdischen Lebens thematisiert werden. Die jüdische Religion und Kultur allgemein sollten in Lehrplänen auftauchen. Ein reger Austausch zwischen nicht-jüdischen und jüdischen Jugendlichen in Deutschland sowie zwischen deutschen und israelischen Schulen bedarf der klugen Förderung im Rahmen des zwischen Deutschland und Israel verabredeten deutsch-israelischen Jugendwerkes, um eine Brücke zwischen den Ländern und Kulturen zu bauen.

Eine enge Verbindung Deutschlands zu Israel ist für uns selbstverständlich. Eine Form des oft linken und oft in Milieus des radikalisierten politischen Islam beheimateten Antisemitismus sind einseitige, unmäßige, wahrheitswidrige und oft auf alten antisemitischen Stereotypen zurückgreifende Angriffe auf Israel. Die Gruppe BDS organisiert und verbreitet offen Antisemitismus unter dem Vorwand der Israelkritik. Daher stellt für uns Freie Demokraten jede einzelne Aktion dieser Gruppierung, auf deutschen und europäischen Boden, einen Angriff auf unsere gemeinsamen Werte und auf unser Selbstverständnis dar. Allen Institutionen und Vereinen, welche mit dem BDS kooperieren oder ihn unterstützen, muss die staatliche Förderung entzogen sowie die Nutzung öffentlicher Räumlichkeiten verwehrt werden. Diesem Antisemitismus entgegen zu treten erfordert auch, die vielfältigen Wurzeln der Partnerschaft Deutschlands mit dem Staat Israel in staatlicher Vernunft, Verantwortung und historischer Verbundenheit zu verteidigen. Sie gründet nicht nur in der historischen Verantwortung Deutschlands für den beispiellosen Völkermord an den Juden, sondern auch in der Verbundenheit mit dem Judentum und seiner 2000-jährigen Geschichte in Deutschland und in den gemeinsamen

Werten der Freiheit der Einzelnen, der offenen Gesellschaft und der Herrschaft des Rechts, der Menschen- und Bürgerrechte. Umgeben von halb-autoritären oder autokratischen Regimen, ist Israel das einzige Land im Nahen Osten, in dem selbstverständlich regelmäßig ein fröhlicher Christopher Street Day oder Märsche für Frauenrechte stattfinden, in dem die Justiz Kriegsverbrechen ahndet und Premierminister für ihre Verfehlungen zur Verantwortung zieht. Für die Demokratien in Israel wie in Deutschland ist die sachlich begründete Kritik an der Politik der jeweiligen Regierung selbstverständlich. Deutschland wie Israel ist gut gedient, wenn wir in Deutschland ein Spiegelbild des Nahost-Konflikts ablehnen und unsere Partnerschaft ein Angebot an all jene Akteure in der Region ist, die Frieden durch die Herrschaft des Rechts, wirtschaftliche Entwicklung oder zivilgesellschaftliche Kooperation fördern wollen.

Wenn Juden in Deutschland wieder Anlass haben, darüber nachzudenken, die sprichwörtlichen Koffer wieder vom Dachboden zu holen, können deutsche Gesellschaft und Politik nicht tatenlos zusehen. Vergessen wir es nicht: Dass es nach der deutschen Einheit gelang, jüdisches Leben in Deutschland durch Zuwanderung aus den Ländern der ehemaligen Sowjetunion zu beleben, war kein Selbstläufer. Sondern sie war eine erhebliche Leistung gegen viele Widerstände und erfordert bis heute eine große Anstrengung in der Integrationsarbeit der einzelnen Gemeinden. Das zarten Pflänzchen "jüdische Normalität in Deutschland" bleibt auch durch den demographischen Wandel stets gefährdet. Aber wir Freie Demokraten sind entschlossen, jüdisches Leben in Deutschland stets zu schützen und stützen.